

Radentscheid Darmstadt

Antrag an das Studierendenparlament am Mittwoch, 22. November 2017:

Unterstützung der Initiative Radentscheid Darmstadt

Antragsteller_innen: David Grünewald

Das Studierendenparlament möge beschließen

Die Studierendenschaft fördert den Radentscheid Darmstadt finanziell mit 3.500 € und ideell mit der Möglichkeit, sich in den AStA-Büros vor Ort in Unterschriftenlisten einzutragen.

Begründung

Ziel der Initiative ist es, das Radfahren in Darmstadt durch den Ausbau stressarmer Infrastruktur für alle gesellschaftlichen Schichten attraktiver als heute zu machen. Derzeit mangelt es der amtierenden Regierung in Darmstadt an politischem Willen, Radverkehrsinfrastruktur in hoher Qualität und lückenlos auszubauen wie man an vielen Stellen im Zuge von Sanierungsmaßnahmen des Straßennetzes erkennen kann. Viele Studierende nutzen auf ihren täglichen Wegen ihr eigenes Fahrrad oder eines aus dem Fahrradverleihsystem, das die Studierendenschaft der TU Darmstadt initiiert hat. Sie sind an vielen Stellen von einer unsicheren Verkehrsführung betroffen und setzen sich prinzipiell unnötigen Unfallgefahren aus.

Die Initiative will eine politische Weichenstellung herbeiführen und der Stadtverwaltung im Zuge eines Bürgerentscheids den entsprechenden Auftrag erteilen, die Fahrradinfrastruktur zu ertüchtigen.

Aktueller Stand

Derzeit bereiten wir mit einer neu gebildeten Gruppe einen Bürgerentscheid zur Förderung des Radverkehrs im Gebiet der Stadt Darmstadt vor.

Der Bürgerentscheid orientiert sich an den erfolgreichen Initiativen in Berlin und Bamberg, weiter Infos zu diesen Initiativen:

- Berlin: <https://volksentscheid-fahrrad.de/>
- Bamberg: <http://www.radentscheid-bamberg.de/>

Verwendung der Gelder

Bürgerentscheide sind an gewisse rechtliche Hürden geknüpft. Zuletzt ist eine Initiative in Pfungstadt zum Thema Haiaquarium trotz ausreichender Zahl von Unterschriften an einer Formalie gescheitert. Auch die verwandten Initiativen in Berlin und Bamberg hatten mit gewissen rechtlichen Problemen zu kämpfen, da Teile der Begehren von den jeweiligen Stadtverwaltungen als nicht zulässig betrachtet wurden. Wir wollen diese Gefahr im Vorfeld ausräumen, indem wir den Text, den wir derzeit erarbeiten, von einer auf öffentliches Recht spezialisierten Anwaltskanzlei prüfen lassen. Außerdem entstehen Druckkosten und Kosten für die Bewerbung der Initiative, sobald die Unterschriften gesammelt werden.

Einem Bürgerentscheid geht ein Bürgerbegehren voraus. In Darmstadt bedeutet dies, dass auf Basis der amtlichen Wahlstatistik zur letzten Kommunalwahl mindestens 3447 Unterschriften

gesammelt werden müssen. Ein Bürgerentscheid ist ein direkt-demokratisches Instrument und kann im Rahmen des § 77 Abs. 2 Nr. 5 HHG zur politischen Bildung der Studierenden beitragen.

Weitere Begründungen erfolgen gerne mündlich.